

Videobotschaft vom 17.4.2011 für die Saatgutaktionstage in Brüssel:

## **Oliver de Schutter, UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung spricht über Maßnahmen, die den großen Saatgutunternehmen das Monopol sichern.**

Guten Abend

Zunächst möchte ich dem Europäischen Bürgerforum für seine Initiative danken, die europäische Öffentlichkeit über landwirtschaftliche Vielfalt und Saatgutgesetzgebung zu informieren. Danke für die Gelegenheit, heute Abend sprechen zu können. Ich bitte Entschuldigung, dass ich nicht persönlich anwesend sein kann.

Als UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung habe ich mich mit Saatgutpolitik und dem Verhältnis zwischen dem Zugang zu Saatgut und dem Recht auf Nahrung befasst. Ich habe mich dabei besonders mit Entwicklungsländern beschäftigt. Die Ergebnisse meiner Arbeit möchte ich folgendermaßen zusammenfassen: Die allermeisten BäuerInnen in Entwicklungsländern sind im Hinblick auf den Zugang zu Saatgut von bäuerlichen Saatgutssystemen abhängig. In diesen Systemen säen die BäuerInnen das Saatgut, das sie geerntet haben, wieder aus, tauschen Saatgut und sind daher nur von lokal verfügbarem Saatgut abhängig. Dieses Saatgut ist oft außerordentlich gut an spezielle agro-ökologische Bedingungen angepasst. Die entsprechenden Sorten heißen traditionelle Sorten oder Landsorten. Aber in den Industrieländern sind seit Anfang des 20. Jahrhunderts, seit den 1920er oder 1930er Jahren, die Herstellung von Saatgut und die Weiterentwicklung von Pflanzen professionalisiert und kommerzialisiert und von der Arbeit der Bauern getrennt worden. Wir wurden Zeugen der Entstehung spezialisierter Firmen, die heutzutage immer stärker konzentriert sind und auf dem Saatgutmarkt kommerzielle, genetisch einheitliche Sorten durchsetzen. Entsprechendes Saatgut kann auch in offiziellen Saatgutregistern eingetragen werden.

Es existieren also zwei Systeme nebeneinander: Einerseits nutzen BäuerInnen in Entwicklungsländern hauptsächlich traditionelles Saatgut lokaler Sorten, die genetisch nicht einheitlich und dauernd im Wandel begriffen sind. Auf der anderen Seite haben wir kommerzielle Sorten, die in Industrieländern heutzutage hauptsächlich genutzt werden. Das erst genannte System ist gegenwärtig zunehmend durch die Dominanz kommerziellen Saatguts bedroht. Mehrere Faktoren sind dafür ursächlich: Vor allem ist es die Art und Weise, wie Regierungen die BäuerInnen mit Dünger, Pestiziden und auch Saatgut bei der Produktion unterstützen. Das entsprechende Saatgut ist kommerziell und genetisch einheitlich. Und außerdem gibt es das Phänomen, dass viele Länder Saatgutregister einrichten und Regeln über Saatgut verabschieden, die verhindern, dass traditionelle und bäuerliche Sorten zum Nutzen von BäuerInnen getauscht werden können. Wir haben also heute eine Situation, in der das kommerzielle Saatgutssystem im Begriff ist, sich auf Kosten traditioneller Sorten durchzusetzen. Das ist aus mindestens zwei Gründen besorgniserregend. Zum einen reduziert es die landwirtschaftliche Vielfalt, die heutzutage aber noch wichtiger ist als in der Vergangenheit, weil wir uns auf den Klimaschock und zukünftige Angriffe der Natur vorbereiten müssen und dafür eine größere Saatgutvielfalt benötigen. Vielfalt in diesem Bereich ist eine Garantie für Widerstandsfähigkeit gegenüber den immer zahlreicheren und schwerer vorhersehbaren Schocks, auf die wir uns vorbereiten müssen. Landwirtschaftliche Vielfalt schafft Widerstandsfähigkeit gegenüber diesen Bedrohungen.

Der zweite Grund, warum dieses Phänomen besorgniserregend ist, ist das BäuerInnen immer abhängiger von kommerziellem Saatgut werden, das ihnen verkauft wird. Dieses Saatgut ist in den Händen einer immer kleineren Anzahl großer Saatgutunternehmen. Das kann vor allem für KleinbäuerInnen ein Problem sein, da sie begrenzten Zugang zu Kredit haben und nicht viel investieren können, um zu produzieren. Sie können es sich auch nicht leisten, sich all zu sehr zu verschulden, weil sie im schlimmsten aller Fälle gezwungen sind, eine Hypothek auf ihr Land aufzunehmen, und sie verlieren ihr Land, wenn sie ihre all zu hohen Schulden nicht mehr bezahlen können.

Ein wichtiger Teil des Kampfes des Europäischen Bürgerforums richtet sich gegen die Freihandelsabkommen, welche die EU und andere Industrieländer mit ihren Handelspartnern aushandeln. Ich habe festgestellt, dass mehrere dieser Freihandelsabkommen Klauseln zu geistigen Eigentumsrechten enthalten, die manchmal von Ländern verlangen, ihre Gesetzgebung zu geistigen Eigentumsrechten an Pflanzensorten zu verschärfen. In diesen Freihandelsabkommen werden Länder zum Beispiel verpflichtet, ihre Gesetzgebung in Einklang mit der UPOV Konvention, der Internationalen Union für den Schutz von neuen Pflanzensorten, zu bringen. Die UPOV Konvention ist mehrmals geändert worden, seit sie 1961 angenommen wurde. In ihrer jüngsten Fassung drängt sie Ländern einen sehr starken Schutz für die Eigentümer von neuen Pflanzensorten auf. Die Fassung von 1991 ist sehr streng. Dabei muss betont werden, dass Entwicklungsländer, die solche Freihandelsabkommen aushandeln, im Rahmen bilateraler Verhandlungen sehr viel weniger Möglichkeiten haben, derartige Bedingungen abzulehnen als im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO.

Das Abkommen über geistige Eigentumsrechte im Zusammenhang mit Handel, das TRIPS-Abkommen der WTO, enthält den Artikel 27, der sich auf diese Frage bezieht. Art. 27 lässt WTO Mitgliedern einen vernünftigen Spielraum, der auf jeden Fall größer ist als der, den die UPOV Konvention von 1991 beinhaltet. Es ist deswegen paradox, dass in den Freihandelsabkommen diesen Ländern zusätzliche Bedingungen auferlegt werden, die dazu führen, dass die Länder die Flexibilität, die sie gemäß den WTO-Regeln haben würden, aufgeben müssen. Das geht oft zu Lasten der Möglichkeit der BäuerInnen, Saatgut von lokalen Sorten aufzubewahren und zu tauschen, und es legt die Grundlage für die weitere Verbreitung von kommerziellen Sorten in diesen Ländern.

Das ist nicht notwendigerweise im langfristigen Interesse der Bevölkerung in diesen Ländern und es entspricht sicher nicht, nicht einmal kurzfristig, den Interessen der BäuerInnen in diesen Ländern. Wir dürfen auf keinen Fall eine Situation dulden, in der die Verbreitung kommerziellen Saatguts auf Kosten von traditionellen und bäuerlichen Sorten erfolgt. Regierungen tragen hierfür Verantwortung.

Ich denke, sie müssen die zu starke Machtkonzentration auf dem Saatgutmarkt bekämpfen. Heute dominieren 10 Unternehmen 67% des Markts für kommerzielles Saatgut. Wettbewerbsregeln müssen angewandt werden, um der sehr starken wirtschaftliche Konzentration in diesem Bereich zu begegnen. Zweitens muss mehr Geld in öffentliche Forschung investiert werden, um sicherzustellen, dass auch zu vernachlässigten Sorten wie Sorghum, Hirse und Süßkartoffeln geforscht wird. Es muss sichergestellt werden, dass die Forschung nicht nur von den Bedürfnisse der Wirtschaft und dem Interesse der großen Saatgutunternehmen bestimmt wird, Sorten nur für die reichsten Bauern in den reichen Ländern zu entwickeln. Drittens, und das ist am wichtigsten, ist es notwendig, dass bäuerliche Sorten weiterhin die Gelegenheit haben zu wachsen und zu gedeihen. Zu diesem Zweck müssen Regierungen die Errichtung von Saatguttauschbörsen und Saatgutbanken unterstützen, die den Bauern den Zugang zu diesen Sorten ermöglichen. Gesetzliche Regeln zu Saatgutregistern müssen bezüglich traditioneller Sorten toleranter und offener sein, die gesetzlichen Voraussetzungen flexibler.

Der Internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (ITPGR-FA), der auf Initiative der FAO 2001 angenommen wurde und 2004 in Kraft trat, enthält einen Artikel über die Rechte von BäuerInnen, Artikel 9. Dieser schützt das Recht von BäuerInnen, Saatgut aus ihrer eigenen Ernte zu produzieren und dieses Saatgut zu tauschen. Diese bäuerlichen Rechte müssen unbedingt erhalten werden. Ich bestehe darauf, dass Staaten, auch die EU-Staaten, welche Mitglied dieses Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft sind, ihrer Verpflichtung nachkommen, bäuerliche Rechte dadurch zu stärken, dass sie die Weiterentwicklung traditioneller und bäuerlicher Sorten unterstützen.

Das ist unverzichtbar – nicht nur für BäuerInnen, sondern für uns alle, da die Zukunft unserer Nahrungsmittelversorgung von der landwirtschaftlichen Vielfalt abhängt.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen viel Erfolg für die Diskussionen in den nächsten beiden Tagen.